

Zündholzkönig und Großbetrüger

Kreugers Transaktionen

Stockholm, 16. April. Die Denkschrift, die der Anzeiger gegen die drei Direktoren der A. B. Kreuger u. Toll beigefügt war, schildert zahlreiche Transaktionen, die Jvar Kreuger zur Verschleierung der wahren Situation seine Gesellschaften durchgeführt hat. So gründete er im Oktober 1925 eine holländische Gesellschaft unter der Firma „N. V. Financiele Wj. Garanta Amsterdam“, die, obwohl sie nur über ein Kapital von 500 000 holl. Gulden verfügte, doch als Großschuldnerin in den Büchern der führenden Kreuger-Gesellschaften aufgeführt wurde. Die International Match Corporation in Neuyork belästete die genannte Gesellschaft am 31. Dezember 1925 mit 17 Millionen Dollar plus Zinsen. In den Büchern der Schwedischen Zündholz-A. B. figurieren die holländische Gesellschaft als Debitor für 8 Millionen Dollar sowie für beträchtliche Beträge, die von der Schwedischen Zündholz-A. B. der Deutschen Unionbank Berlin, der Continental Investment Corporation und einer Reihe anderer Gesellschaften gutgeschrieben wurden. Alle diese fiktiven Transaktionen dienten dazu, den bilanzmäßigen Gewinn der verschiedenen Gesellschaften zu erhöhen. Die der Garanta-Amsterdam belasteten Zinsen betragen allein 9 Millionen Dollar für die nicht existierende Schuld an die Zündholzgesellschaft und 15 Millionen Dollar für die an die International Match. Beide Beträge waren von diesen Gesellschaften als Aktivposten ausgewiesen worden. In dem Tresor Jvar Kreugers fand sich ein Vertrag aus dem Jahre 1925 zwischen Primo de Rivera und Jvar Kreuger und außerdem eine Bestätigung des spanischen Diktators, daß die Continental Investment Corporation 105 Millionen Peseten ausgezahlt und dafür eine Forderung an die spanische Regierung in der Höhe von 124 Millionen Peseten erhalten hat. Obwohl nun irgendwelche Auszahlungen nie vorgenommen wurden, sind doch im Auftrage Kreugers in den Büchern der Niederländische Bank voor Scandinavischen Handel, Amsterdam, nebenbei ein Institut, das niemals irgendeine Banktätigkeit entfaltet hat, Einnahmen aus diesem spanischen Kontrakt verbucht worden. Diese Einnahmen wurden dann buchmäßig von der Amsterdamer Bank an Kreuger u. Toll und die Continental Investment Co. weitergeleitet, wo sie als Aktivposten erschienen. Es handelt sich insgesamt um einen Betrag von etwa 122 Millionen Schweizer Franken.

Eine ähnliche reine Buchungstransaktion findet sich in den Posten „Bank und Kasse“ der Bilanz von Kreuger u. Toll vom 31. Dezember 1930. Hier ist ein Betrag von rund 67 Millionen Kronen als Bankguthaben der holländischen Firma Kreuger u. Toll aus-

gewiesen. Dieses Bankguthaben ist in Wahrheit — zum Teil wenigstens — nichts anderes als die Umbuchung eines Kontos, das in den Büchern der holländischen Kreuger u. Toll die Bezeichnung „Internationale Financiele Syndicate“ führt, dessen Inhaber Jvar Kreuger selbst zu sein scheint.

Direktor Carl Lange, der als Vorstand die Geschäfte der Garanta führte, hat eingestanden, daß er an den erwähnten Transaktionen teilgenommen hat und die Bilanzen der Garanta gefälscht waren. Direktor Sven Huldt von der Niederländische Bank voor Scandinavischen Handel hat gleichfalls für Revisionsgeweihte Bilanzen aufgestellt. Direktor Victor Wolm von der holländischen Kreuger u. Toll-Gesellschaft und der Continental Investment Co. bestätigt, daß ihm bekannt war, daß die in der Bilanz von Kreuger u. Toll für 1930 erwähnte Bank und Finanz-A.G. in Danzig am 31. Dezember 1930 noch gar nicht existierte und die ersten Schritte zur Gründung der Bank erst am 2. Januar 1931 erfolgten, obwohl in den Büchern der holländischen Kreuger u. Toll am 31. Dezember 1930 ein Guthaben von 34,6 Millionen hfl. bei dieser Bank aufgeführt war.

Der Fälscher Jvar Kreuger

Stockholm, 16. April. „Dagens Nyheter“ erfährt, man habe gestern festgestellt, daß die italienischen Staatsobligationen in einer Stockholmer Druckerei hergestellt worden sind. Durch Schriftfachverständige wurde erwiesen, daß die Namensunterschriften der Obligationen von Kreuger persönlich gefälscht sind. Im Geheimversteck Kreugers habe man die von einem italienischen Graveur hergestellten Druckplatten gefunden. Das genannte Blatt will weiter aus wohlinformierter Quelle wissen, die italienische Gesellschaft in Stockholm beabsichtige, sich heute an das schwedische Außenministerium wegen der Fälschungen zu wenden.

Kreuger hat die italienischen Schatzscheine selbst gefälscht

Stockholm, 16. April. Generaldirektor Rothin, der der Kreugerischen Untersuchungskommission angehört, hat heute die entscheidenden Beweise dafür erhalten, daß Jvar Kreuger die Fälschungen von italienischen Schatzscheinen selbst begangen hat. Er hat unverzüglich Anzeige erstattet und das belastende Schriftstück dem Polizeipräsidenten persönlich überreicht. Die Zahl der falschen Schatzscheine beträgt 42, jede lautet auf einen Betrag von 500 000 englischen Pfund.

in Geltung. Der Effekten- und Warenbeleihungssatz und der Zinssatz für Vorschüsse in laufender Rechnung wurde von bisher 4 Prozent auf 3 Prozent herabgesetzt.

Butterimportverbot in Holland

Haag, 18. April. Mit rückwirkender Kraft ab 1. April 1932 ist heute abend die Einfuhr von Butter für drei Monate verboten worden, soweit diese mehr beträgt als 100 Prozent der Menge, die durchschnittlich in der entsprechenden Zeit in den Jahren 1929, 1930 und 1931 eingeführt wurde.

Eine amerikanische Maschinenfirma bricht die Beziehungen zur Sowjetunion ab

Detroit, 18. April. Die Maschinen- und Konstruktionsfirma Albert Kahn Inc., eine der hauptsächlichsten Förderer des Fünfjahresplanes in Rußland, gibt bekannt, daß sie ihre Beziehungen zu der Sowjetunion abgebrochen hat. Den Anlaß bildete die Währungsfrage, erklärte Moritz Kahn. Die Sowjetregierung habe Mangel an Gold und wäre bereit gewesen, in russischen Rubeln zu zahlen, die aber für die Firma wertlos seien. Nach dem früheren Kontrakt, der Ende März abließ, waren die Zahlungen in Dollar erfolgt. Die Firma Kahn in Moskau war hauptsächlich für den Entwurf und die Konstruktion der Stalingrader Traktorenfabrik mit einer jährlichen Leistung von 40 000 Maschinen verantwortlich. Das Büro in Rußland beschäftigt 1000 russische Ingenieure unter der Aufsicht von 24 amerikanischen Ingenieuren der Firma Kahn.

beschleunigt geregelt werden, wird aber wahrscheinlich erst nach den Preußenwahlen spruchreif werden.

Griechenland zahlt nicht mehr

Einstellung des Schuldendienstes

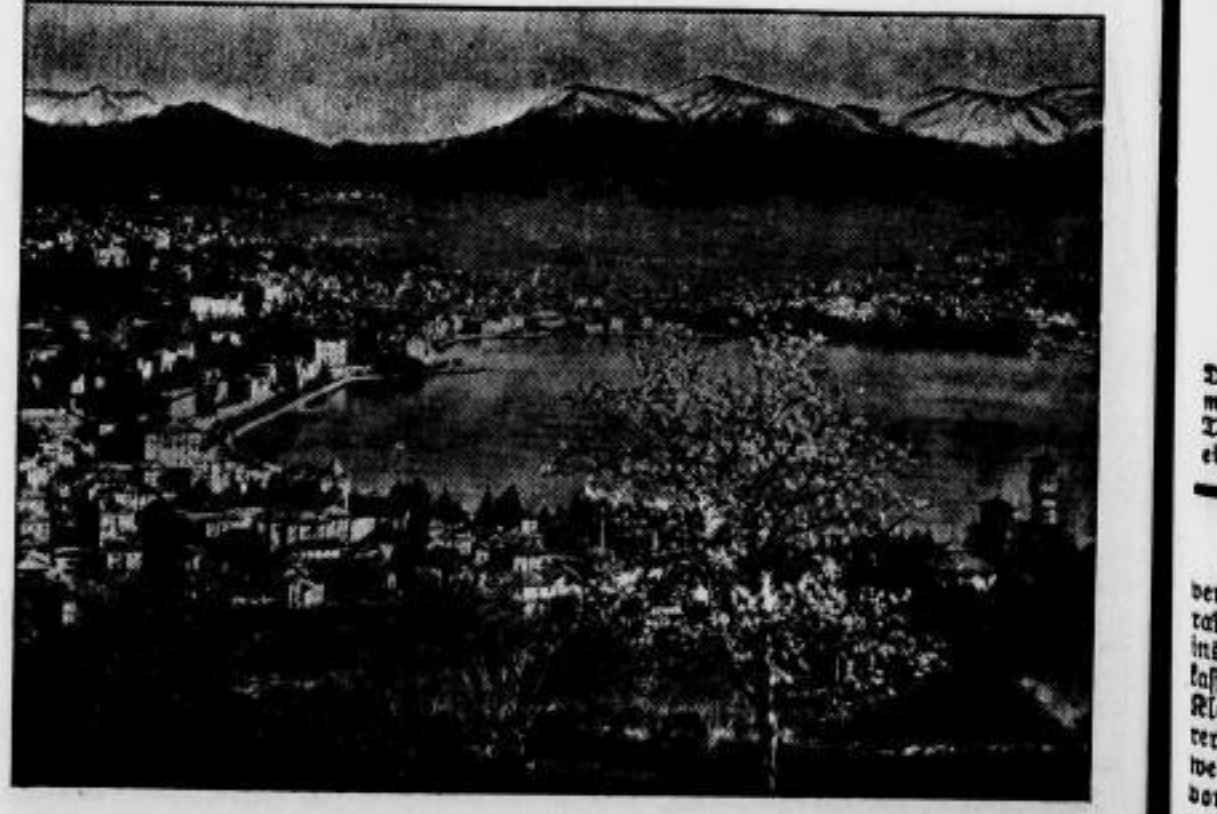
London, 18. April. Die Einstellung des Schuldendienstes durch Griechenland ist von der hiesigen griechischen Gesandtschaft offiziell mitgeteilt worden. Die griechische Gesandtschaft teilt mit, daß Griechenland sich gezwungen sehe, von den Anleihebesitzern die Zustimmung zu den folgenden beiden Maßnahmen zu erbitten: 1. Einstellung der Zahlungen in den Amortisationsfonds der griechischen Anleihen auf eine Zeit von fünf Jahren. 2. Nichtüberweisung der Zinszahlungen für die Bezahlung der Coupons dieser Anleihen, die am 1. Mai fällig werden. Die Nichtüberweisung soll so lange andauern, bis die gelbliche Hilfe gewährt worden ist, die den Mächten durch das Finanzkomitee des Völkerbundes empfohlen worden ist. Am 1. Mai sind die Zinszahlungen auf die griechische Pfandbriefanleihe mit 7 v. H. fällig, von der noch ein Betrag von rund neun Millionen Pfund aussteht. London und Paris sind die Hauptemissionsorte. London ist weitaus am stärksten beteiligt.

Diskontmäßigung in Holland

Amsterdam, 18. April. Die Niederländische Bank hat heute ihren Diskontsatz von 3 auf 2,5 Prozent ermäßigt. Der Satz von 3 Prozent war seit dem 28. September 1931

Die Tagungskätte der zweiten Donau-Konferenz

Bild auf das herrlich gelegene Lugano, wo am 23. April die zweite Donau-Konferenz zusammengetreten ist. An dieser Konferenz werden die Vertreter der vier Großmächte, die bereits in London über die Wirtschaftsverfahren der Donau-Staaten verhandelten sowie das Finanzkomitee des Völkerbundes teilnehmen.



evangelischen Schulen in dem kommenden Reichsschulgesetz, die Abwehr aller sie schädigenden Verwaltungsmaßnahmen, die Bewirkung einer gerechten Parität bei Besetzung der Schulverwaltungsstellen und den Einbau einer geordneten Vertretung der Elternschaft in die Schulverwaltungskörper zum Ziele hat.

Nach den bis jetzt vorliegenden Antworten haben die Deutsche Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, der Christlich-sozialer Volksdienst, die Deutschhannoversche Partei und die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei die sämtlichen Fragen bejaht. — Meist unter Berufung auf ihre bisherige parlamentarische Tätigkeit. Die Staatspartei verweist zur Frage der Gleichberechtigung der evangelischen Schulen auf die Reichsversammlung. Eine Beteiligung der staatlichen Schulaufsicht nach konfessionellen Gesichtspunkten — um die es sich, wie der Evangelische Pressedienst bemerkt, in den Fragen des Reichs-Eternbundes nicht gehandelt hat — lehnt sie ab. Dagegen betrachtet sie es als selbstverständlich, daß der Staat, von besonderen Einzelfällen abgesehen, der Zusammenlegung der Bevölkerung Rechnung trägt. Dem Einbau von Elternvertretungen in die Schulverwaltungskörper stimmt die Staatspartei zu. — Die SPD greift die Frage der Gleichberechtigung der evangelischen Schulen heraus, die sie unbedingt bejahen könne, falls die Forderung des Reichs-Eternbundes so gemeint sein sollte, daß man dieses Recht aus den Disziplinen zulassen wolle. „wie wir überhaupt immer für Gleichberechtigung und Parität einreten.“ — Die Antworten der Wirtschaftspartei und der Nationalsozialisten auf die Fragen des Reichs-Eternbundes lagen bis zu den festgesetzten Terminen noch nicht vor.

Nochmals dementiert!

Berlin, 18. April. Amtlich wird mitgeteilt, daß alle Behauptungen des nationalsozialistischen Abgeordneten Gregor Strazer über eine Wüstheit der Reichsregierung, weitere Gehaltskürzungen vorzunehmen, insbesondere die Behauptung, daß eine weitere Kürzung der Beamtgehälter bereits zum 1. Mai d. J. beschlossen sei und daß die entsprechenden Verordnungen und Erlasse zur Unterschrift fertig im Schreibbüro des Reichsfinanzministers lägen, von Anfang bis zu Ende falsch sind. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sowohl der Reichsminister der Finanzen als auch der Reichsminister der Finanzen wiederholt erklärt haben, daß eine weitere Kürzung der Beamtgehälter nicht beabsichtigt sei. Es handle sich also um eine reine Wahllüge.

Koalitionsbereitschaft der bayerischen Nationalsozialisten

München, 18. April. In den Berichten Augsburger Blätter über die Rundgebung Hittlers in Augsburg, bei der auch der Münchener nationalsozialistische Stadtrat Effer sprach, wird besonders erwähnt, daß Effer als Vorkämpfer der NSDAP für Bayern im Auftrage Hittlers erklärte, die Nationalsozialisten seien bereit, in Koalitionsverhandlungen am 26. April einzutreten mit einer nationalen Partei, unter der Voraussetzung natürlich, daß wenn sie gemeinsam regieren wollten, alle Anhebungen der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung vorher aufgehoben seien. Wenn dies nicht zu erreichen ist, seien die Nationalsozialisten auch bereit, die Macht allein zu übernehmen. Die anderen Parteien sollten sich nur erklären, ob sie eine nationale Regierung wollten, oder ob schon jetzt feste Abmachungen für die Bildung einer schwarz-roten Regierung beständen.

Disziplinarverfahren gegen Hitler?

Braunschweig, 18. April. Adolf Hitler hat ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst beantragt und zu gleicher Zeit Strafantrag gegen das „Berliner Tageblatt“ gestellt, das behauptet hatte, Hitler habe vor der ausländischen Presse erklärt, die Auflösung der SA sei unter dem Druck Frankreichs erfolgt. Wie Minister Klages mitteilt, ist der Antrag Hittlers beim braunschweigischen Staatsministerium eingegangen. Eine Entscheidung darüber, ob dem Antrag stattzugeben sei, könne zur Zeit noch nicht erfolgen, weil der Vorsitzende des Staatsministeriums, Rückenthal, sich zur Zeit in Urlaub befindet. Aus demselben Grund könne auch dem Wunsche Hittlers auf vorläufige Enthebung von seinen Amtsgeschäften noch nicht entprochen werden.

Die Reichsleitung der NSDAP zum Verbot der Hitlerjugend

München, 18. April. Die Reichsleitung der NSDAP und der Vorsitzende des Vereins der Hitlerjugend, Dr. Adrian von Rentelen, haben den Rechtsanwalt Dr. Frank II (München) beauftragt, mit allen rechtlichen Mitteln gegen das Verbot der Hitlerjugend vorzugehen.

Die deutschen Bischöfe und der Nationalsozialismus

Trier, 18. April. Die bischöfliche Behörde in Trier nimmt zu den in letzter Zeit in nationalsozialistischen Versammlungen aufgestellten Behauptungen Stellung, wonach die deutschen Bischöfe ihre Einstellung zum Nationalsozialismus geändert hätten; als Beweis hierfür sei ein bischöfliches Schreiben vorhanden. Die nach langer und reiflicher Überlegung bekanntgegebene Stellung der Bischöfe zum Nationalsozialismus — so heißt es in der Mitteilung der bischöflichen Behörde — sei und bleibe immer noch die ablehnende.

Sport und Arbeitsdienst

Grönerts Pläne

Berlin, 18. April. Ueber die dem Reichsinnenministerium vorliegenden Pläne, an die Stelle der verschiedenen nach Parteien getrennten Sport-, Wehr- und Jugendverbände eine einheitliche staatliche Organisation zu stellen, werden heute im „Tempo“ nähere Einzelheiten berichtet. Danach ist an eine Kombination von Arbeitsdienst und sportlicher Ausbildung gedacht, so daß solche Verbände zum Teil also Arbeiten im Dienste der Allgemeinheit ausführen, zum Teil die rein körperliche Ausbildung der Teilnehmer fördern würden. Es wird zur Zeit über die Frage verhandelt, ob der Aufbau einer solchen Organisation mit Hilfe der jetzt bestehenden Verbände aus den verschiedenen politischen Lagern vorgenommen werden soll, wobei den staatlichen Instanzen lediglich die Kontrolle und die Richtlinien für die Betätigung zufallen würde, oder ob es sich um eine unmittelbar vom Staat ins Leben zu rufende Organisation handeln soll. Die ganze Frage soll